

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Schrift: 1. Aufl. 1930 bei täglich zweimaliger Herstellung per Satz 1.70 DM. Subskriptionspreis für Monat Juli 2.40 DM, einjährig 24 DM. Redaktion: Die Nachrichten werden nach Bestenmessen gedruckt: die einseitige 20 mm breite Seite 35 Wp., für zwei- 40 Wp., für vierseitige 60 Wp., für sechsseitige 80 Wp., für achtseitige 100 Wp. C/Erstzahl 20 Wp. Ausländische Postzettel gegen Vorzahlung

Verlag v. Freitag: Meißel & Reichardt, Dresden, Bolndorf-Str. 10/11. Dresden-Raschau nur mit briefl. Bestellangabe (Dresden, Raschau) 1/111/31. Umständliche Schriftzüge werden nicht aufbereitet

Druck u. Verlag: Meißel & Reichardt, Dresden, Bolndorf-Str. 10/11 Dresden-Raschau nur mit briefl. Bestellangabe (Dresden, Raschau) 1/111/31. Umständliche Schriftzüge werden nicht aufbereitet

Fühlungnahme mit den Parteien

Reichstagsmehrheit für die Deckungsvorlagen?

Notwendige Klärung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Die Auseinandersetzung der Nationalsozialisten

Berlin, 4. Juli. Im Reichstag fand heute nachmittags eine erste Besprechung zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der Regierungsparteien über die neuen Deckungsvorlagen des Kabinetts Dringlich statt. In dieser Besprechung, die, wie die darüber ausgegebene amtliche Mitteilung ausdrücklich feststellt, lediglich der ersten Fühlungnahme der Regierung mit den Parteien diente, legten der Reichsfinanzminister Brüning, der Reichsfinanzminister Dietrich und der Arbeitsminister Stegerwald im längeren Ausföhrungen die ja hinfänglich bekannte Auffassung der Regierung dar. Sie begründeten und erläuterten den Föhrern der Regierungsparteien gegenüber noch einmal im einzelnen die Vorlagen. Von Seiten der Fraktionsföhrer selbst wurden hierauf die Auffassungen der Parteien dargelegt. Der Besprechung wohnten auch die Reichsminister Dr. Brüning, Schädel, Dr. Bredt und der stellvertretende Reichswirtschaftsminister Staatssekretär Dr. Trendelenburg bei.

Die heutigen Erörterungen verfolgten noch nicht den Zweck, die Abänderungswünsche der Parteien mit den Regierungsvorlagen in Einklang zu bringen. Diesem Zweck sollen die in der nächsten Woche stattfindenden weiteren Verhandlungen zwischen Regierung und Parteien dienen. Am Sonnabend werden die Fraktionen die Berichte ihrer Unterhändler entgegennehmen und zur Formulierung ihrer Wünsche schreiten.

Rein himnungsmäßig ist man in Regierungskreisen der Ansicht, daß es gelingen wird, mit den Parteien zu einem Einverständnis zu gelangen, und daß es insolge dessen auch möglich sein wird, mit einer parlamentarischen Mehrheit die Vorlagen durchzuführen.

Im übrigen ist noch als interessante Wendung der Dinge zu verzeichnen, daß es den Anschein hat, als ob die Regierung sich bei der Durchbringung ihrer Vorlagen doch mehr auf die Deutschnationalen, als auf die Sozialdemokratie zu

stützen beabsichtigt. Man befürchtet bei einem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie scheinbar eine starke Vermäherung der Regierungsvorlagen, und diese möchte man gern vermeiden. In und für sich scheinen auch die Deutschnationalen trotz des ablehnenden Standpunktes, den sie zu dem jetzt vorliegenden Programm eingenommen haben, bereit zu sein, nicht grundsätzlich alles abzulehnen, wenn die Regierungsvorlagen ihren Wünschen entsprechend abgeändert würden.

Das Kabinett findet in seinem Bestreben, die Brücken nach rechts nicht vollkommen abzureißen, auch Unterstützung im Regierungslager selbst, wo der Gedanke eines sogenannten Punktes zwischen Steuer vorlagen und Dñhilfe auf der einen Seite und zwischen Steuer vorlagen und Sozialversicherungsreform auf der anderen Seite scheinbar starken Anklang findet und vom Zentrum auch offen propagiert wird.

Das eine Punktim soll dem Zweck dienen, die Stimmen der Deutschnationalen, das andere, die der Deutschen Volkspartei zu sichern.

Auf Grund der heutigen ersten Fühlungnahme zwischen Regierung und Parteien kann man allerdings noch keineswegs sagen, welchen Weg die Regierung einschlagen wird, da ja für die Regierung selbst alles darauf ankommen wird, welcher Weg sich für sie als der gangbarere erweist. Bei den kommenden Verhandlungen zwischen Regierung und Parteien werden auch die Wünsche eine Rolle spielen, die aus Wirtschaftskreisen zu den Deckungsvorlagen laut geworden sind. In Wirtschaftskreisen wird geltend gemacht, daß, wenn es unbedingt erforderlich ist, die Einkommensteuerverpflichtungen mit neuen Lasten zu belegen, auch eine Umänderung und Verbesserung des Einkommensteuerrechts herangezogen werden muß, zumal die Notwendigkeit einer solchen Verbesserung schon häufig anerkannt worden ist. Im Laufe der nächsten Wochen werden sodann auch Besprechungen zwischen der Regierung und den Oppositionsparteien stattfinden.

Kurz nach dem Bombenerfolg bei den sächsischen Wahlen kommt der Ausbruch von internen Zwistigkeiten in der Nationalsozialistischen Partei mit der Gründung einer neuen „nationalrevolutionären“ Gruppe einermachen über-raschend. Und doch erklären sich diese Vorgänge gerade aus dem Wählerfolg; denn an der Frage der Auswertung dieses Ergebnisses — in positiver Richtung durch praktische Mitarbeit nach Hitlers Meinung oder durch agitatorische Abtätigen nach Ansicht der Revolutionäre — haben sich die Kräfte gespalten. Insofern kommt den Berliner Auseinandersetzungen eine über den Parteiraum hinausgreifende und die sächsische Politik unmittelbar berührende Bedeutung zu.

Diese internen Streitigkeiten nach einem großen äußeren Aufschwung scheinen eine Befonderheit der Hitlerbewegung zu sein. Man erinnert sich, daß es 1923 nach dem Wählerfolg in Bayern genau so war. Mit einem Schlage waren die Nationalsozialisten zur stärksten Partei im Landtag geworden. Aber in Hitlers Abwesenheit — er saß damals in Landsberg in Haft — gerieten die Unterführer sofort in persönliche Streitigkeiten, und binnen kurzem war der imposante Völkische Block in machtlose Gruppen zerfallen. Soll sich die Entwicklung dieses Welterges im Anschluß an die Berliner Spaltung wiederholen? Dort, wo man den Nationalsozialisten Tod und Verderben wünscht, glaubt und prophezeit man so. Aber es scheint doch, daß auch hier wieder einmal der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Denn jetzt ist Adolf Hitler als allmächtiger Gebieter da, dessen Wort in der Partei immer noch entscheidende Geltung hat. Sein energisches Vorgehen gegen den Berliner „Debatteklub wurzelloser Literaten“ und „chaotischer Salonhohlewitzen“ scheint den Aufruhr im Keim erstickt zu haben. Der parlamentarische Arm der Bewegung sowohl im Reichstag wie in den Landtagen steht geschlossen hinter ihm, und die Liste der Abtrünnigen zeigt außer dem jüngeren Straker, der sich in der Rolle als Begründer einer Ideologie des Nationalsozialismus gefällt, keine bedeutende Namen, von denen man sich eine mitreißende Wirkung auf die Massen versprechen könnte. Eher darf man annehmen, daß es sich bei dieser Krise um einen sehr notwendigen Klärungsprozess handelt, der sein Gutes wirken kann, wenn es dadurch gelingt, die mehr sozialistischen als nationalistischen Elemente auszuscheiden, die den Charakter der Hitlerbewegung in zunehmendem Maße verfälscht und eine Verlängerung der marxistischen Front durch die nationale Opposition versucht hatten.

Der Gegenatz zwischen den beiden Richtungen besteht schon seit geraumer Zeit und drängte zum gewaltsamen Ausbruch. Verworren waren aber die persönlichen Fronten. Zu den Sozialisten und Revolutionären rechnete man die Abgeordneten Graf Reventlow, Stöhr und Gregor Straker sowie dessen Bruder Otto Straker. Nicht ganz geklärt war die Stellung des Berliner Gauleiters Dr. Goebbels. Er wurde vor kurzem von Hitler zum Propagandaleiter der Partei ernannt und damit der Münchner Richtung verpflichtet. Nun ist er der starke Arm, der in Berlin den Willen des Meisters vollstreckt mit einem „orientalischen Sultanat“, wie ihm seine Gegner vorwerfen. Die zur revolutionären Doktrin hingeneigten Abgeordneten haben sich zurückgehalten, als es um Klappen kam, und auch Gregor Straker, der Reichsorganisator der Partei, hat sich rechtzeitig diszipliniert. So bleibt die Gruppe der Unentwegten im wesentlichen beschränkt auf den Kreis der Leute um den „Kampfverlag“, der die Tageszeitung „Der Nationalsozialist“ mit einer Reihe von Kopfschaltern herausgibt. Es sind das neben Otto Straker in der Hauptrolle der ehemalige Altsocialist Moskowsky und der Schriftleiter Schafke, die nach ihrem Ausschluß jetzt einen wütenden persönlichen Kampf gegen Dr. Goebbels und in mühsameren Formen auch gegen Hitler führen. Die weitere Entwicklung ihrer Bewegung wird im wesentlichen von der Wirkung ihrer Presse abhängen. Die Partei tut natürlich alles, um dagegen einen Mangel vorzuschieben. In den Berliner Organisationen sind die Zeitungen des Kampfverlages sofort verboten worden, und auch der sächsische Boden ist ihnen schon abgegraben durch die parteiamtliche Ausschaltung des „Sächsischen Beobachters“. Ohne den starken Rückhalt des Parteiapparates wird wahrscheinlich auch diese nationalrevolutionäre Abspaltung ins Nichts versinken, wie schon so viele völkischen Sondergruppen vorher.

Trotzdem sind die Berliner Vorgänge eine Warnung für die Nationalsozialistische Partei und ein Zeichen, daß äußeres Aufschwollen nicht gleichzusetzen ist mit innerer Kraft. Der Grundirrtum der Nationalrevolutionäre war, daß sie glaubten, die soziologische Zusammenlegung der Wählerschaft der NSDAP, gäbe ein so entscheidendes Bekenntnis zum Sozialismus, wie sie es verlangten. Im sächsischen Wahlkampf haben sie mit einem ausgeprochenen Wank, mit Aufrufen zum Generalfreitag und mit der ewig wiederholten Phrase „Durch Sozialismus zur Freiheit!“ selbst die agitatorischen Leistungen der Kommu-

Holland zum Banerropa-Problem

Antwort an Briand: „Das Terrain noch nicht genügend vorbereitet“

Paris, 4. Juli. Das französische Ministerium des Auswärtigen veröffentlicht die Antwort der Niederländischen Regierung auf das Briandische Banerropa-Memorandum. Die holländische Regierung führt darin aus: Das geplante Werk scheint ihr nur dann erfolversprechend zu sein, wenn die Staaten bereit seien, in einem gewissen Grade die Ausübung ihrer Souveränitätsrechte einzuschränken. Auch möchte alles vermieden werden, was die Autorität des Völkerbundes schwächen könnte. Man dürfe nicht vergessen, daß eine kontinentale Gesamtregierung in der Praxis, die zwischen den Kontinenten bestehenden Differenzen verstärken oder neu schaffen könnte. Die holländische Regierung, die übrigens nicht aus den Augen verlieren könne, daß

Holland nicht nur in Europa Beständen hat, ist der Ansicht, daß diese Seite des Problems sehr schwierig sei und mit größter Aufmerksamkeit geprüft werden müsse. Ein föderativer Zusammenschluß von Staaten werde nur möglich sein, wenn er die Interessengemeinschaft zur Grundlage nimmt. Die europäischen Staaten besitzen zwar eine Anzahl gemeinsamer Interessen, wie die Aufrechterhaltung des Friedens, die Deckelung der Rüstungen und eine bessere Organisation des Wirtschaftslebens, jedoch tauche hier die Frage auf, ob diese Interessen nicht gleichgültig auch eine Bedeutung für eine ausgedehntere Sphäre besitzen. Wenn es sich aber herausstellen

sollte, daß eine föderative Organisation Europas möglich und wünschenswert sei, wäre es nach Ansicht der holländischen Regierung wesentlich, daß die europäische Gruppierung sämtliche europäischen Staatswesen umfasse.

Nach der Meinung der französischen Regierung sei jede Möglichkeit des Fortschritts auf wirtschaftlichem Gebiet durch die Frage der Sicherheit, d. h. politisch, bedingt. Nach dieser Richtung müsse die holländische Regierung bereits jetzt Vorbehalte machen.

Sie glaube nicht, daß eine allgemeine Herabsetzung der Zolltarife notwendigerweise die Bewirkung eines Abkommens auf rein politischem Gebiete voraussetzen müsse; denn eine Senkung der Zölle würde eines der wesentlichsten Elemente für die Schaffung eines Sicherheitsregimes bilden. Die holländische Regierung ist ferner nicht davon überzeugt, daß durch Verringerung der Sicherheitsfrage auf die europäischen Staaten allein die Lösung stark erleichtert werden wird. Sie hat nicht den Eindruck, daß die Schwierigkeiten, die bisher den Erfolg der vom Völkerbund auf diesem Gebiet unternommenen Versuche verhindert haben, durch die Anwesenheit der nicht europäischen Staaten verursacht oder erhöht worden seien. Sie erklärt zum Schluß, daß nach ihrer Ansicht das Terrain noch lange nicht genügend vorbereitet sei. Zweck würde ein Meinungsauustausch nützlich und sogar nötig sein.

Landtagsmehrheit gegen Dr. Fried

Fried bleibt Minister

Weimar, 5. Juli. Nach stürmischer Aussprache fanden im Thüringischen Landtag am Freitagabend durch die Sozialdemokraten, Kommunisten und den Demokraten Kallenbach sozialdemokratische Minderheitsanträge gegen die nationalsozialistischen Regierungsmitglieder Staatsminister Dr. Fried und Staatsrat Marschler mit 25 gegen 22 Stimmen Annahme, da sich die Deutsche Volkspartei als Regierungspartei geschlossen der Stimme enthielt. Nach der thüringischen Verfassung ist aber für den Rücktritt eines Ministers die Mehrheit der gesetzlichen Abgeordneten zahl — 27 Stimmen — erforderlich. Da die Linksoption nur 25 Stimmen vereinigen konnte, sind also die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für den Rücktritt des Staatsministers Dr. Fried nicht erfüllt.

Die Deutsche Volkspartei gab zur Rechtfertigung ihrer Haltung eine längere Erklärung ab, in der u. a. heißt: Die Art und Weise, in der führende Vertreter der Nationalsozialisten im Reich und in den Ländern vorgehen, und ge-

rade die Deutsche Volkspartei angegriffen, hätte in den Reihen der Volkspartei sehr starke Verärgerung hervorgerufen. Der am Donnerstag veröffentlichte Brief des Rectors der Universität Jena gegen Staatsminister Dr. Fried bringe Zustände an der Universität Jena in dem Verhältnis des Lehrkörpers der Universität zu dem Volksbildungsminister ans Licht, die auf die Dauer nicht ertragen werden können. Diese Zustände seien hervorgerufen worden durch die Verlegungen des Vorschlagsrechts bei der Professur Dr. Günthers und dann durch das Amt der Senat der an der Universität Jena befindlichen Minister in das Verhältnis zwischen Lehrkörper und Studentenschaft. Die Volkspartei müsse auf solche und ähnliche Vorkommnisse ihrer Widerstandskraft gegenüber dem Reich setzen. Dringend notwendig erscheine es auch, daß Streitigkeiten mit dem Reich nach Möglichkeit vermieden würden. In letzter Zeit seien ferner von der Regierung Verwaltnngsmaßnahmen getroffen worden, von denen nach Auffassung der Volkspartei zu erwarten sei, daß sie von dem Reich nicht als mit den geltenden gesetzlichen und rechtlichen Bestimmungen vereinbar erklärt und deshalb würden zurückgenommen werden müssen.